

12,00 m

Die maximale Firsthöhe (FH) darf das zulässige Maß

Bei der Berechnung der Höhe baulicher Anlagen sind

• Schnittlinie zwischen den aufgehenden Wandaußen-

oberster Schnittpunkt der Dachflächen bei baulichen

Anlagen mit geneigten Dächern (Firsthöhe, Firstpunkt)

von z.B. 12,00 m nicht überschreiten.

folgende Bezugspunkte maßgebend:

flächen und der Oberkante der Dachhaut

oberer Bezugspunkt Traufhöhe:

oberer Bezugspunkt Firsthöhe:

7. Flächen für Anpflanzungen, mit Bindungen Die festgesetzten Höhen dürfen durch Dachaufbauten in für Bepflanzungen und für die Erhaltung von untergeordnetem Flächenumfang für Maschinenräume, Bäumen, Sträuchern und sonstigen Fahrstühle, lufttechnische Anlagen und dergleichen um max. 2.00 m überschritten werden. Bindungen gemäß § 9 (1) Nr. 25 und (6) BauGB unterer Bezugspunkt: Der untere Bezugspunkt ist der im Nutzungsplan eingetragene NHN-Höhenbezugspunkt in der 7.1 zu erhaltender Baum überbaubaren Fläche des jeweiligen Baugrundstückes. 8. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu 3. Bauweise. belastende Flächen überbaubare Grundstücksflächen gemäß § 9 (1) Nr. 21 BauGB gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB 3.1 Bauweise 8.1 Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu Gunsten der

gemäß § 22 BauNVO

abweichende Bauweise

gemäß § 23 BauNVO

Baugrenze

Stellplätze,

4.1 Stellplätze

In Abweichung von der offenen Bauweise sind auch

4. Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen,

Begrünung der Stellplätze gemäß § 9 (1) Nr. 25a

Je angefangene 4 ebenerdige PKW-Stellplätze ist in

räumlicher Nähe ein standortgerechter Laubbaum in der

Qualität Hochstamm, Stammumfang 16-18cm zu pflanzen

sowie dauerhaft zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. Es

sind Baumarten wie z.B. Stiel-Eiche, Winter-Linde,

Hainbuche oder Ahorn zu verwenden. Die Anpflanzung ist

Abgängige Bäume sind zu ersetzen. Die Pflanzbeete der

Baumstandorte zwischen den Stellplätzen sind in der Größe

eines Stellplatzes 2,50m x 5,00m (mind. 12m³ Pflanzgrube)

anzulegen. Pflanzbeete dürfen nicht als Standort für

Beleuchtungskörper oder sonstige technische Einrichtungen

zweckentfremdet werden. Zusätzlich sind die Baumscheiben

mit Einrichtungen zum Schutz der Baumstämme gegen das

Entlang der Ostseite des in Nord-Süd-Richtung verlaufenden

Abschnittes der Straße Brockeiche sind die Bäume zwischen

12°m so anzuordnen, dass eine straßenbegleitende

Oberflächen von Stellplatzflächen sind in

wasserdurchlässiger Form (z.B. Rasengittersteine,

Angrenzend an die private Verkehrsfläche sind innerhalb der

nicht überbaubaren Grundstücksfläche ausreichend große

Sammelstellen zur Aufstellung der Abfallbehälter am

Abholtag einzurichten. Diese müssen vom Träger der

Entsorgung satzungsgemäß und wohnungsnah erreichbar

sein. Ausgenommen sind Standorte zwischen der

T-Kreuzung in der Mitte des Plangebiets und der nördlichen

Sackgasse. Darüber hinaus kommen als Stellplätze

festgesetzte Flächen für die Einrichtung der Sammelstellen

nicht in Frage. Die Größe der Sammelstellen richtet sich

nach den gewählten Abfallbehältern. Die Sammelstellen sind

5.1 Verkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung

Zweckbestimmung: Anlieger Wohnweg (privat)

Baumreihe mit Alleecharakter entsteht.

dauerhaft einzurichten und vorzuhalten.

5. Verkehrsflächen und Sichtfelder

6. Flächen für Versorgungsanlagen

6.1 Flächen für Versorgungsanlagen

6.2 Zweckbestimmung Elektrizität

gemäß § 9 (1) Nr. 10 und 11 BauGB

5.2 Straßenbegrenzungslinie

gemäß § 9 (1) Nr. 12 BauGB

Rasenfugenpflaster) zu gestalten

4.2 Müllsammelplatz

Befahren von ein- und ausparkenden PKW's zu versehen.

mit der Herstellung der Stellplatzanlage vorzunehmen.

Garagen

Gebäude mit mehr als 50 m Länge zulässig.

3.2 Überbaubare Grundstücksfläche

Gemeinschaftsanlagen

gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB

Ver- und Entsorger Die Ver- und Entsorgungsträger sind berechtigt im Bereich des festgesetzten Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes "GFL1" die Grundstücke zu betreten, zu befahren und Leitungen zu verlegen und zu warten.

9. Festsetzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen (örtliche Bauvorschriften) gemäß § 9 (4) BauGB in Verbindung mit § 89 (2) BauO NRW

9.1 Dachform und Dachneigung Es sind Satteldächer (SD) mit einer Neigung von z. B. max. 10° - max. 25° zulässig.

9.2 Dachaufbauten und Dacheinschnitte

Im WA2 sind Dachaufbauten und -einschnitte nur in einer Geschossebene zulässig, im Spitzbodenbereich (= 2. Ebene im Dachraum) sind Dachaufbauten und Dacheinschnitte unzulässig. Über der Traufe angeordnete Bauteile wie Dachgauben, Zwerchgiebel und Dacheinschnitte dürfen in ihrer Gesamtlänge 50% der jeweiligen Trauflänge nicht überschreiten. Vom Ortgang sowie zwischen Dachaufbauten und Dacheinschnitten ist ein Abstand von mindestens 1.50 m einzuhalten.

Nebendächer Der First von Nebendächern muss mindestens 0,5 i

unterhalb der Oberkante des Hauptfirsts liegen. Dacheindeckung

Als Dacheindeckungen für geneigte Dächer sind nur Betondachsteine und Tonziegel in roten bis rotbraunen Farben und in anthrazit bis schwarz zulässig. Dacheingrünungen und Solaranlagen sind zulässig.

Für untergeordnete Bauteile, Nebenanlagen, Zwerchgiebel und Garagen sind auch andere Materialien und Farben

9.3 Wände

Sockel sind zulässig bis zu einer Höhe von max. 0,60 m. Zum unteren Bezugspunkt siehe Punkt 2.4. Als oberer Bezugspunkt ist die Oberkante der Rohdecke des Erdgeschossfußbodens heranzuziehen.

9.4 Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen Vorgartenflächen

Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen zwischen den Baugrenzen und den Straßenbegrenzungslinien der öffentlichen Verkehrsflächen sind, ausgenommen von den Stellplätzen, in einer Tiefe von mindestens 5,00 m als Vegetationsfläche anzulegen, gärtnerisch zu gestalten und dauerhaft zu unterhalten. Von dieser gärtnerisch zu gestaltenden Vegetationsfläche darf maximal 1/3 der Grundfläche durch Steine (Kiesel, Pflastersteine etc.) bedeckt sein. Es ist nur die Verwendung von offenporigen, wasserdurchlässigen Materialien zulässig.

Einfriedungen

Entlang der Verkehrsflächen und an den seitlichen Grundstücksgrenzen innerhalb des Vorgartenbereichs sind Einfriedungen bis zu einer Höhe von 0,80 m zulässig.

9.5 Werbeanlagen

Werbeanlagen sind nur zulässig wenn:

• je Gebäude unabhängig voneinander maximal 2 Werbeanlagen angebracht werden,

 sie maximal bis zur Höhe der Unterkante Fenster des 1. Obergeschosses angebracht werden und

 sie flach auf der Wand liegen und je Fassadeneinheit eine Größe von maximal 1,50 m², eine maximale Länge von 3,00 m und eine maximale Höhe von 0,60 m haben und nicht mehr als 0,25 m vor der Wandfläche liegen.

Ausleger sind unzulässig. Werbeanlagen mit wechselndem Licht sind unzulässig.

Der Abriss von Gebäuden und Fällung von Höhlenbäumen im Zeitraum von Anfang

Wird ein Vorkommen von Fledermäusen oder Vögeln festgestellt, so ist ein Gutachter einzuschalten, der die notwendigen Maßnahmen ergreift, um eine Betroffenheit gemäß § 44 (1) Ziffer 1 BNatSchG auszuschließen. Im Rahmen eines Abbruchantrages sind die artenschutzrechtlichen Belange gesondert zu überprüfen.

Wenn bei Erdarbeiten kultur- oder erdgeschichtliche Bodenfunde oder Befunde

(etwa Tonscherben, Metallfunde, dunkle Bodenverfärbungen, Knochen, Fossilien)

entdeckt werden, ist nach §§ 15 und 16 des Denkmalschutzgesetzes die Entdeckung

unverzüglich der Stadt oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle

Bielefeld, Am Stadtholz 24a, 33609 Bielefeld, Tel. 0521/5200250, Fax.

0521/5200239, anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in

Zur Vermeidung der Verbotstatbestände ist eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (01. März bis 30.

September) erforderlich. Rodungs- und Räumungsmaßnahmen von Vegetationsflächen sind dementsprechend nur zwischen dem 1. Oktober und dem

28. Februar durchzuführen. Im Falle nicht vermeidbarer Flächenbeanspruchungen

außerhalb dieses Zeitraums muss durch eine ökologische Baubegleitung eines

Gutachters / Fachbüros sichergestellt werden, dass eine Entfernung von

3. Abriss von Gebäuden außerhalb der Fortpflanzungszeit im Zeitraum von

Um Betroffenheiten gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG auszuschließen, sollten bei

Abrissarbeiten an Bestandsgebäuden außerhalb der Überwinterungsphase (Mitte

November bis Anfang März) die potenziellen Quartiere auf Besatz durch

März bis Mitte November kann auch erfolgen, wenn vorher ein Sachverständiger bei

einer Überprüfung des jeweiligen Gebäudes oder Baumes festgestellt und schriftlich

attestiert hat, dass das Gebäude / der Baum nicht von Vögeln oder Fledermäusen

Vegetationsbeständen oder des Oberbodens nur durchgeführt wird, wenn die

4. Überflutungssicherung

Neu zu bebauende Grundstücke sollen durch geeignete Maßnahmen überflutungssicher ausgestaltet werden. Als Bezugshöhe für die erforderlichen Maßnahmen gilt die Oberfläche der Straßen und Wohnwege.

Erdgeschossfußböden sollen mindestens in einer Stufenhöhe oberhalb de Bezugshöhe angeordnet werden. Tiefgaragen, Keller, Souterrainwohnungen und sonstige Räume unterhalb der Bezugshöhe sollen überflutungssicher sein. Bodenabläufe unterhalb des Straßenniveaus sind gegen Rückstau zu sichern.

5. Kampfmitte

Sonstige Hinweise

1. Kulturgeschichtliche Bodenfunde

unverändertem Zustand zu erhalten.

2. Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen

betroffenen Bereiche frei von einer Quartiernutzung sind.

Fledermäuse durch einen Fachgutachter kontrolliert werden.

als Fortpflanzungs-und Ruhestätte genutzt wird.

Ist bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und die Feuerwehrleitstelle - Tel. 0521/512301 - oder die Polizei - Tel. 0521/5450 - zu benachrichtigen.

Signaturen der Katastergrundlage

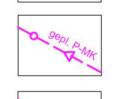
Gebäude mit Hausnummer Nebenanlage, Garage

1214

Flurstücksgrenze und Flurstücksnummer

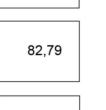
Geplante Grundstücksgrenze

Geltungsbereich der angrenzenden Satzung Mischwasserkanal Bestand



umzulegender Mischwasserkanal

geplanter Mischwasserkanal



eingemessene Bestandshöhe NHN

separaten Textdokument zu diesem Bebauungsplan. Es wird ausdrücklich

auf die textlichen Festsetzungen und die Hinweise zum Bebauungsplan

gemittelter Höhenbezugspunkt 100,60

verwiesen.

Hinweis: Die textlichen Festsetzungen und Hinweise befinden sich in einem

ANGABE DER RECHTSGRUNDLAGEN

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBI. I S. 3634), das durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBI. I S. 587) geändert worden ist; die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S. 3786);

das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist;

§ 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. August 2018 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b);

die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b).

Soweit bei den Festsetzungen von Baugebieten keine anderen Bestimmungen gemäß § 1 (4) - (10) BauNVO getroffen sind, werden die §§ 2 - 14 BauNVO Bestandteil des

Zuwiderhandlungen gegen die gemäß § 89 BauO NRW 2018 in den Bebauungsplan aufgenommenen Festsetzungen (örtliche Bauvorschriften) sind Ordnungswidrigkeiten im Sinne des § 86 (1) Ziffer 20 BauO NRW 2018 und können gemäß § 86 (3) BauO NRW 2018 als solche geahndet werden.

VERFAHRENSVERMERKE Stand der Kartengrundlage: 08.03.2019

Die Kartengrundlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 in der z. Z. gültigen Fassung.

Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.

Bielefeld, Stadt Bielefeld

Der Oberbürgermeister Amt für Geoinformation und Kataster

Ausfertigung

Der Rat der Stadt Bielefeld hat am diese Bebauungsplanänderung als Satzung beschlossen.

Der Beschluss ist ordnungsgemäß zustande gekommen.

Es ist nach § 2 Abs. 1 und 2 Bekanntmachungsverordnung verfahren worden.

Oberbürgermeiste^r

Diese Bebauungsplanänderung wird gemäß § 10 Abs. 3 BauGB mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung

Beschluss der Bebauungsplanänderung und der Ort der Bereithaltung sind öffentlich bekannt gemacht worden.

zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Der

Bielefeld,

Stadt Bielefeld - Der Oberbürgermeister - Bauamt

1. ÄNDERUNG BEBAUUNGSPLAN Nr. III/A16 "BROCKEICHE" NUTZUNGSPLAN

M 1:1000

VERFAHRENSSTAND: DATUM: 21.05.2019

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS ENTWURFSBESCHLUSS ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG 21.05.2019 SATZUNGSBESCHLUSS 05.07.2019 bis 19.08.2019

PLANVERFASSER STADT BIELEFELD

RECHTSVERBINDLICHKEIT

BAUAMT, 600.51 **ENDERWEIT + PARTNER GMBH**

BESTANDTEIL DES BEBAUUNGSPLANES:

- NUTZUNGSPLAN/

PLANZEICHENERKLÄRUNG

- TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

DEM BEBAUUNGSPLAN BEIGEFÜGT SIND:

BESTANDSPLAN BEGRÜNDUNG

STAND DES VERFAHRENS:

SATZUNG

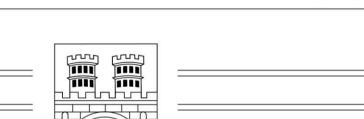
PLANGEBIET:

nordöstlich der Straße Brockeiche und südlich der Römerstraße.

GEMARKUNG/ FLUR: Altenhagen / Flur 5 KARTENGRUNDLAGE: 08.03.2019

Für das Gebiet:

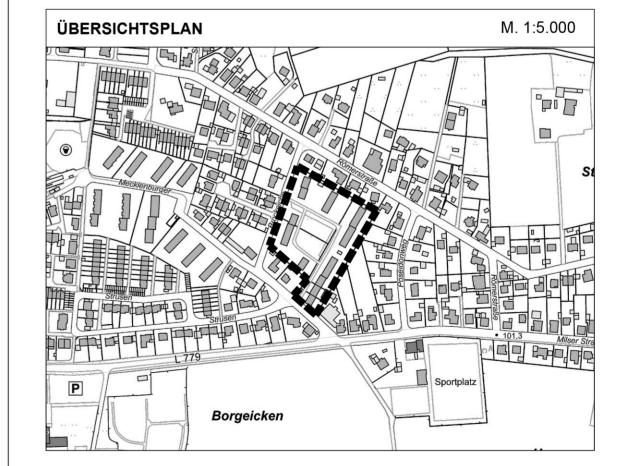




STADT BIELEFELD STADTBEZIRK HEEPEN

1. ÄNDERUNG DES **BEBAUUNGSPLANES NR. III/A16** "Brockeiche"

SATZUNG



NUTZUNGSPLAN M. 1:1.000

BEBAUUNGSPLAN NR. III/A16 1. ÄNDERUNG

gemäß § 1 (6) BauNVO

Im WA sind mindestens 25% der vorgesehenen Wohneinheiten im

Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Mietwohnungsbaus

mit langfristiger Mietbindung vorgesehen. Diese sollen nach

Möglichkeit in mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern realisiert

Anlagen für Verwaltungen,

Gartenbaubetriebe,

Tankstellen.

Hinweis:

Stand 08.07.2020 - Enderweit + Partner GmbH